



# HESSISCHER LANDTAG

26. 06. 2014

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend miserable Finanzsituation des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die CDU-geführten Landesregierungen in ihrer 15-jährigen Regierungszeit die Schulden des Landes Hessen auf nunmehr über 42 Mrd. € mehr als verdoppelt haben.
2. Ursache dieser Entwicklung ist einerseits das Rückfallen Hessens bei der wirtschaftlichen Entwicklung und andererseits ein ungezügelter Ausgabeverhalten. So ist das Wirtschaftswachstum in Hessen seit dem Jahr 2005 das schwächste in ganz Deutschland. Während das Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt der Bundesländer von 2005 bis 2012 um 18,9 % gestiegen ist, betrug die Steigerung in Hessen lediglich 11,5 % und war damit die geringste in ganz Deutschland. Zugleich sind aber die Ausgabenzuwächse in Hessen in den Jahren von 2001 bis 2011 am stärksten in ganz Deutschland gestiegen. Hessen steht mit seinen Ausgabenzuwächsen mit 28,9 % an der Spitze aller Bundesländer - der Länderdurchschnitt beträgt 17,8 %
3. Dies führt dazu, dass das strukturelle Defizit im Landeshaushalt mit das höchste in ganz Deutschland ist. Der Nachtragshaushalt 2014 ändert an dieser Situation nichts.
4. Der Nachtragshaushaltentwurf ist finanzpolitisch unambitioniert und ohne politischen Gestaltungswillen.
5. Mit dem Nachtragshaushaltentwurf werden weder zentrale Wahlversprechen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingelöst noch notwendige Aufgaben angemessen finanziert.
6. Der Landtag missbilligt, dass im Nachtragshaushaltentwurf nur unzureichend Mittel für den Landesstraßenbau zur Verfügung gestellt werden. Durch die Haushaltssperre fehlen Straßenbaumittel in zweistelliger Millionenhöhe. Im Nachtragshaushaltentwurf wird diese Fehlentwicklung nicht korrigiert.
7. Der Landtag missbilligt, dass die Landesregierung mit ihrem Entwurf eines Nachtragshaushaltes 2014 der notwendigen Erhöhung des Kostenersatzes für die Leistungen der Kommunen bei der Unterbringung von Asylbewerbern völlig unzureichend nachkommt und die Kommunen weiterhin auf Kosten in zweistelliger Millionenhöhe sitzen lässt.
8. Der Landtag missbilligt des Weiteren den Wortbruch des Finanzministers, der entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung, die Grunderwerbsteuer zum 1. Januar 2015 zu erhöhen, diese Erhöhung bereits zum 1. August 2014 vornimmt. Damit entzieht die Landesregierung gewerblichen und privaten Investoren, die auf die erste Ankündigung vertrauten, Planungssicherheit, und verunsichert den Immobilienmarkt.
9. Der Landtag missbilligt, dass die CDU-geführten Landesregierungen den hessischen Kommunen seit 1999 durch massive Eingriffe in die Kommunalfinanzen annähernd 2,7 Mrd. € entzogen haben. Dieser Betrag setzt sich aus Kürzungen und Streichungen zusammen, zuletzt durch den Entzug von ca. 350 Mio. € seit 2011 aus dem KFA.
10. Der Landtag stellt fest, dass der von der Landesregierung hochgelobte "Kommunale Schutzschirm" als Rettungsinstrument absolut ungeeignet ist. Er ist unter dem Strich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, zwingt aber die betroffenen Kommunen zu Leistungskürzungen und -streichungen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Protestschreiben vieler Kommunalparlamente, durchweg alle auch von CDU- und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN-Fraktionen getragen, sowie der kommunalen Spitzenverbände, richten sich in aller Regel gegen eine unzureichende Kommunalfinanzausstattung.

11. Der Landtag stellt des Weiteren missbilligend fest, dass sich Hessens Kommunen in einer "besorgniserregenden Finanzsituation" (Zitat Hessischer Städte- und Gemeindebund) befinden. Die hessischen Kommunen haben bundesweit wegen der unzureichenden finanziellen Ausstattung durch das Land seit etlichen Jahren in ihrer Gesamtheit die mit Abstand höchsten Defizite in ganz Deutschland.
12. Mit dem so genannten "Herbsterlass" des Innenministers vom Rosenmontag 2014, der den Kommunen verschärfte Auflagen für ihre Haushaltsführung auferlegt, werden den Bürgerinnen und Bürgern erhebliche Belastungen, wie Gebühren- und Steuererhöhungen vor Ort zugemutet. Zudem werden die Kommunen gezwungen, wichtige kommunale Einrichtungen zu schließen.

Wiesbaden, 26. Juni 2014

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**